

Nebrauer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 Mt.

Schriftleitung: W. H. Sauer in Köpchen.
Druck, Verlag und Verlagsadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köpchen.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Köpchen Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Mittelzeile 6 Pf., die 30 mm breite Mittelzeile im Kleinformat 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtpostkasse Nebra — Bankverein Artern.

Nr. 55

Donnerstag, den 9. Mai 1929

42. Jahrgang

Dividendenpolitik.

Anlässlich der letzten Jahresbilanz der A. E. G. kam es zu einem ungewöhnlichen, aber für gewisse Verhältnisse außerordentlich besorgniserregenden Zwischenfall, der, bisher von der Presse wenig beachtet, unbedingt allgemeineres Interesse verdient. Dank guter Geschäftsführung konnte die Verwaltung der A. E. G. in ihrem Geschäftsjahresabschluss für das letzte Jahr einen gegenüber dem Vorjahr um vier Millionen höhere Reinertrag zu verzeichnen. Trotz dieser erhöhten Einnahmen sollte aber eine gleich hohe Dividende wie bei der letzten Abrechnung zur Auszahlung gelangen, nämlich 8 Prozent. Sobald diese Pläne der Geschäftsleitung der A. E. G. bekannt wurden, ließ dort ein Schreiben des „Vereins für die Interessen der Fondsbörse in Hamburg“ ein, das im Ton außerordentlich scharf war und sich bitter darüber beklagte, daß die Gesellschaft trotz ihrer immensen Umsatzeinlagen und des um vier Millionen höheren Nettogewinnes ihre Dividende nicht erhöhe, während gleichzeitig der Pensionsfonds für die Angestellten der A. E. G. mit einer Summe von zwei Millionen dotiert wurde.

„Diese Politik“, so heißt es im Brief, „hat in den Kreisen der Aktionäre erhebliche Mißbilligung hervorgerufen, hauptsächlich deshalb, weil wir eine unüberrührbare Dividende darin erblicken, daß Sie glauben, über die von allen Kreisen der Großen und Kleinindustrie sowie des Handels aus dem Empfindlichste gestülpte Last der Sozialen Abgaben aus freien Stücken durch Verteilung des Pensionsfonds mit zwei Millionen noch hinausgehen zu sollen. So dieses an der Aktionäre gerichtet, die ihrerseits an dem nächstjährigen Resultat nicht teilnehmen dürfen.“ So ist die Bemerkung der Aktionäre um so bemerkenswerter und kann begründet sein.

Nach dem allgemeinen Urteil der Fachkreise hat man es hier mit einem Paradoxismus von großer Bedeutung zu tun. Wenn es auch, rein formal gesehen, wahr sein mag, daß noch niemand in dieser Form seitens einer aufstrebenden Stelle soziale Aufwendungen so scharf trifft worden sind, so enthält der ganze Vorgang doch nur einen Gegenfall, der latent und ohne jeher zwischen Aktionärsinteressen und den Forderungen der Angestellten und Arbeiter bestanden hat. Das Interesse der Aktionäre und der Arbeitnehmer an einer ausreichenden Rentabilität der Unternehmungen liegt auf verschiedenem Niveau. Während der Aktionäre in seiner Eigenschaft als Kapitalist in erster Linie eine möglichst hohe Verzinsung der von ihm zum Aktienwerb aufgewandten Gelder und darüber hinaus natürlich auch die notwendigen Garantien für die Sicherheit der vorgenommenen Anlage verlangt, sieht der Arbeitnehmer in einem hohen Verdienst der „interessierenden“ Gesellschaft über alle Dinge eine Gewähr für das Weiterbestehen ausreichender Arbeitsmöglichkeiten und darüber hinaus die Aussicht auf eine bessere Sicherung seiner ganzen sozialen Lage. Dabei scheiden sich irgendwie die beiden entgegengelegten Auffassungen doch wiederum in einem gemeinsamen Interessenspunkt. Hält mangelnde oder zu geringe Vergütung die notwendige Versorgung des Unternehmens mit Kapital fern, so leidet der Arbeitnehmer nicht nur in seinen Ausblicken auf dauernde und ertragreiche Arbeit gefährdet oder auch nur ungesichert, so schwindet die Arbeitsfreudigkeit und mit ihr vermindert sich selbstverständlich das Arbeitsergebnis, so daß also auf diese Weise wiederum die Interessen der Aktionäre auf das Schwerste beeinträchtigt werden.

Die Dividendenpolitik, die im Anschluß an die ungesicherten Nachkriegszeit und die unersetzten Leiden des Währungsverfalls — man denke nur an die plötzliche Dividendenförmelung, die aus Gründen der inneren Kapitalversorgung im Jahre 1928 eintrat — starren Schwankungen ausgesetzt war, muß also von den Verhältnissen der großen Unternehmungen immer unter sehr verschärften Bedenken und teilweise miteinander in schärfstem Widerspruch stehenden Gesichtspunkten festgelegt werden. Jährt eine Aktiengesellschaft etwa eine Dividende, die zwar, an dem Landeseinkommen und Kapitalzins gemessen, an sich als ausreichend betrachtet werden kann, die aber dem Nettogewinn des Unternehmens nicht entspricht, dann muß es zu offenen Widersprüchen zwischen Aktionären und Arbeitnehmern kommen, wenn die erlernten die Rücksichten auf die sozialen Verhältnisse der Arbeitnehmer beiseite lassen und mit weitergehenden Dividendenanprüchen an den Tag treten. Dabei müßte doch eigentlich — besonders, wo es sich um große, gutfinanzierte Betriebe, wie etwa die A. E. G. handelt, — der Gesichtspunkt des „landesüblichen Kapitalzins“ — der den Aktionär der maßgebende sein können, wenn anders er statt einer höheren und ausreichenden Kapitalanlage nicht glatte Spekulation im Auge hat.

Dazu kommt, daß es sehr fraglich erscheinen muß, ob in Zeiten von extremer Depression, wie die es sind, die unsere Wirtschaft augenblicklich durchläuft, Dividenden bis zu 20 Prozent, noch erhöht durch Gratifikationen, Bonusauszahlungen usw., wie man sie oft genug in der letzten Zeit gesehen hat, vom allgemeinerwirtschaftlichen Gesichtspunkt aus das Richtige sind. Man muß fragen, ob nicht Unternehmen, die eine solche erfreuliche Ausnahme von der allgemeinen Konjunktur machen, in erster Linie daran denken müssen, einerseits durch gesunde Kapitalbildung und daraus fließende Selbstfinanzierung den allgemeinen Geldmarkt zu erleichtern und auf welche Weise die erhöhten Gewinne die allgemeine Kaufkraft und damit den Absatz in härterer Weise heben: Ob durch Verteilung an die immerhin geringe Zahl der Aktionäre oder durch Sondervergütungen oder Lohnverbesserungen an die breite Masse der Angestellten und Arbeiter. In die erste Richtung, d. h. die der gebundenen Kapitalbildung und Selbstfinanzierung, geht die so scharf kritisierte Haltung der A. E. G. Denn wenn auch die zwei Millionen, mit denen sie ihren Pensionsfonds dotiert hat, schließlich und endlich den Arbeitnehmern einmal zugute kommen werden, so dienen sie im Augenblick doch nur dazu, die Reserven und damit die flüssigen Mittel des Unternehmens zu häufen. Die ganze Angelegenheit wird nicht erneut und von einem besonders interessierten Blickwinkel aus die Frage auf, ob wir mit unserer Sozialpolitik auf dem richtigen Weg sind und ob sich die Soziallasten des Unternehmens richtig verteilen, wenn sie sich nur nach der Geschäftslage des Arbeitnehmers statt auch nach der effektiven Rentabilität des Unternehmens richten!

Neue Schwierigkeiten, neue Wollen.

Paris und die deutschen Vorbedingungen.

Paris, 8. Mai.

Der Optimismus der Sommerfrühling ist in den letzten Stunden wieder erheblich abgekämpft worden. Die Krise liegt nun offen in den deutschen Vorbedingungen, die anlässlich der französischen Widerstand stehen, ferner aber in einem Protest Englands, das den von Young ausgearbeiteten neuen Verteilungsschlüssel nicht anerkennen will. Die Uebergabe der schiedlichen Aufzeichnungen der deutschen Vorbedingungen hatte sich verzögert. Aus welchen Gründen läßt sich nicht feststellen.

Der „Agence Economique et Financière“ zufolge sollen sich die deutschen Vorbehalte für die Annahme des neuen Young-Plans auf folgende Punkte beziehen:

1. Aufhebung der Währungs- und der Kontrollkommissionen.
2. Abschaffung des Recovery-Beitrag, wonach die Alliierten von der deutschen Einfuhr eine 20prozentige Einfuhrabgabe erheben können.
3. Die Möglichkeit für das Reich, die Revision des Zahlungsplanes zu verlangen.
4. Anrechnung der Schuldenermäßigung, die die Vereinigten Staaten unter Umständen den Alliierten zu Gunsten des Reiches ausüben sollten.
5. Die Möglichkeit, bei dem größten Teil der Jahreszahlungen den Transferschub in Anwendung zu bringen.

Wie man hierzu erklärt, dürfte in den fünf von der Agence genannten deutschen Vorbehalten das Wesentlichste der deutschen Forderungen enthalten sein.

Zu dem von Young ausgearbeiteten neuen Verteilungsschlüssel erklärt man in englischen Kreisen, daß dieser zu weit von den in Spa getroffenen Abmachungen abweiche und vor allen Dingen die Deutschland zu nachdenklichen Konsequenzen führe auf die Schultern Englands lege. Unter diesen Umständen sei der neue Young-Plan für England unannehmbar.

Bemerkenswert ist, daß Sauerwein in „Matin“ Moscow für den Fall in Schuss nimmt, daß er dem Young-Plan zustimmen werde. Sauerwein erklärt, daß sich der Wert der Zahlungen, die auf einer Rücklage begründet seien, innerhalb 37 Jahren um die Hälfte vermindere, während Zahlungen, die durch das Gesetz der kaufmännischen Verbindlichkeit begründet würden, höher eingeschätzt seien.

500-Millionen-Anleihe des Reiches. Steuerfreiheit für die Zeichner.

Berlin, 6. Mai.

Nach einer amtlichen Mitteilung des Reichsfinanzministeriums hat sich die Behörde zu eingreifenden Maßnahmen entschlossen, um die seit Wochen im Mittelpunkt der Erörterungen stehende Kassenlage des Reiches grundlegend zu heben. Der Senat hat zu diesen entscheidenden Maßnahmen jetzt darin, daß die Schwierigkeiten der Finanzierung der Reichsbudgets, zumal an den Ullmotorminen, immer größer werden und trotz eines ausgeprägten Etats auf die Dauer gefährlich werden könnten. Das bisher benutzte Mittel kurzfristiger Darlehen bei den Banken ist mit Rücksicht auf die Gebirge zukünftig nicht mehr durchführbar, ebenso wenig wie Auslandskredite in Frage kommen.

Ein vom Reichsministerium verabschiedeter Gesetzentwurf sieht infolgedessen zwei Maßnahmen vor:

1. Es soll eine Zinsanleihe von mehrjähriger Laufzeit in Höhe von 500 Millionen Mark aufgelegt werden, deren Zinsen von der Vermögenssteuer, der Einkommensteuer und der Einkommensteuer befreit sind; auch ein Steuerertrag von Kapitalertrag findet danach nicht statt. Die Befreiung von der Einkommensteuer wird auf die vom Erlasser selbst getragenen Anleihehöhen beschränkt sein. Es unterliegt keinem Zweifel, daß eine so ausgestaltete Anleihe nicht ohne Bedenken vom Standpunkt der steuerlichen Gerechtigkeit ist. Auf der anderen Seite aber bietet sie einen solchen Anreiz, daß auf diesem Wege Beträge schnell und in der erforderlichen Höhe herbeigeholt werden können. Es wird dabei auch erwartet, daß die Möglichkeit freier Anlage ein wirksames Gegenmittel gegen die beobachteten Tendenzen in letzter Zeit immer mehr zunehmende Kapitalflucht bilden kann.

2. Der Reichsminister der Finanzen wird ermächtigt, die im Reichsbesitz befindlichen Prozentigen Reichsbanknoten, Landes- und Kommunalanleihen und an Träger der Sozialversicherung zu verkaufen. Das Stimmrecht des Reiches wird dadurch sichergestellt, daß nur Zertifikate an Stelle der Vorzugsaktien gegeben werden. Mit dem Erwerb solcher Vorzugsaktien sollen die bezeichneten Stellen ihrer Verpflichtung zur Anlage eines Teiles ihres Vermögens in Reichsanleihen genügen können. Da diese Stellen die Vorzugsaktien nur nach Maßgabe ihres Vermögens zu erwerben können, wird diese zweite Maßnahme zwar nur einen allmählichen, aber dafür ständigen Zufluß an Mitteln für die Reichskasse zur Folge haben. Man hofft auf diese Weise eine fortwährende Entpannung der Kassenlage zu erreichen und eine Wiederholung der unerwünschten Vorgänge der letzten Monate zu verhindern. Wie es in dem amtlichen Communiqué heißt, wird der erhöhten Beteiligung der Reichsbanknoten (die noch dem Abschluß der Reparationsverhandlungen ein Programm für die dauernde Befreiung der deutschen Finanzen in Einnahmen und Ausgaben folgen müssen).

Mordanschlag auf Woldemaras.

Konno, 7. Mai.

Am Montagabend gegen 8.30 Uhr, kurz vor Beginn der Vorstellung in der Staatsoper, wurde ein politischer Anschlag verübt, der augenscheinlich auf den Ministerpräsidenten Woldemaras gerichtet war, der ziemlich regelmäßig die Vorstellungen der Staatsoper zu besuchen pflegt. Die Attentäter, drei an der Zahl, feuerten auf den persönlichen Adjutanten des Ministerpräsidenten, Oberleutnant Gudinas, und den Adjutanten des Kriegsministers, Hauptmann Wriskas, acht Schüsse ab. Der Ministerpräsident und seine ihm begleitende Frau blieben unversehrt. Adjutant Gudinas wurde durch eine Kugel getroffen und auf der Stelle getötet. Hauptmann Wriskas erhielt einen Schuß, der die rechte Lunge durchbohrte. Der kleine Keffe erhielt einen schweren Bauchschuß.

Adjutant Gudinas, der durch Schüsse in den Kopf getötet wurde, hatte sich mit ausgedehnten Armen vor den Ministerpräsidenten gestellt, als die ersten Schüsse fielen. Die Kleider der Frau des Ministerpräsidenten wurden von zwei Kugeln durchbohrt. Der Adjutant des Kriegsministers, Hauptmann Wriskas, ist so schwer verletzt worden, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Er hat das Bewußtsein bis jetzt noch nicht wiedererlangt. Als er von den Schüssen getroffen zusammenbrach, rief er aus: „Die haben mich getötet.“ Der kleine Keffe des Ministerpräsidenten, der drei Bauchschüsse und einen Beinshuß erhielt, wurde in der Nacht einer Operation unterzogen, die erfolgreich verlaufen ist. Man hofft ihn am Leben zu erhalten. Die Täter sind in der allgemeinen Panik, die in dem stark belebten Ort vor dem Staatstheater ausbrach, entkommen. Die Polizei war erst verhältnismäßig spät zur Stelle.

Weder 16 Personen tetgenommen.

Woldemaras hat, wie verlautet, die Vermutung ausgesprochen, daß bei dem Attentat Erbauer wie auch Wilmmer Terrorien die Hand im Spiele hätten. Da mit der Möglichkeit gerechnet wird, daß die Attentäter über die deutsche Grenze zu entkommen suchen, ist noch in der Nacht die deutsche Grenzpolizei verständigt worden, die alle Vorkehrungen zur scharfen Überwachung der Grenze getroffen hat.

Bei dem Attentat ist auch die Tochter des Universitätsprofessors Sadows durch einen Weinschuß leicht verletzt worden. Zwei aufgeschwundene Handgranaten sind zwar geworfen worden, sind aber nicht explodiert.

Die litauische Polizei hat bisher 16 Personen festgenommen, jedoch weigert sich die Polizeibehörde, irgendwelche Angaben über den Verlauf des Attentats und den Erfolg der bisherigen Ermittlungen zu machen.

3000 Todesopfer eines Erdbebens.

Erzählung Nordost-Periens.

Nach englischen Meldungen ist Nordost-Perien von einem furchtbaren Erdbeben heimgelacht worden, das mehr als 3000 Todesopfer gefordert hat. Mehrere Dörfer wurden vollständig zerstört. Die russische Regierung hat auf Eruchen Periens Hilfe in die betroffenen Gebiete entandt.

...: Der Probenort gegen einen Baum gefahren ist die neue Vorkörper der Wilhelmshagener Kreiswägen. Die Spritze kippte um und die fünf Mann starke Besatzung wurde von ihren Sigen geschleudert. Der Feuerwehmann Driener zog sich bei dem Sturz einen Knöchelverbruch zu und mußte in das Copierden Krankenhaus transportiert werden. Drei andere Wehrleute wurden leicht verletzt.

...: Die ersten Radfahrwege im Grenzland wurden am Sonntag durch den Verein für Radfahrwege eingeweiht und der Öffentlichkeit übergeben. Der Vorläufer L u n z taufte die Wege auf den Namen Karl-von-Diel-Wege und Dreifelderweg. Er betonte, daß die 15 Kilometer nur erst der behelfsmäßige Anfang für die zu erstellenden Wege in einer Gesamtlänge von 180 Kilometer seien.

...: Ein unterirdisches Elektrizitätswerk. Beinahe 300 Meter unter der Erde zischen sich in der Gegend von Kreisberg (Sachsen) die Anlagen eines modernen Elektrizitätswerkes hin. Es ist zwar sonst nicht Brauch, Werke dieser Art vorzugsweise unterirdisch anzulegen, hier in diesem Falle jedoch führte die naturnotwendige Entwicklung dazu, zur Elektrizitätserzeugung unter Tage Übergang zu machen. Das eigentliche Kraftzentrum ist nämlich nicht weiter als die neugestaltete Umfassung des jahrhundertalten Erzbergbaues, von dem schon damals im altertümlichen Kaiserstube zu Worms der kaiserliche Fürst mit Holz erzählte. Vor mehr als 300 Jahren wurde der dortige Erzbergbau nach und nach auf Wassertrieb umgestellt. In der ersten Hälfte gegen das Erdbeben, ständig fielen Tausende auf. Nicht weniger als drei Jahrhunderte zog sich diese Umstellung auf Wassertrieb hin. Eine Zude des Schicksals aber wollte es, daß ausgerechnet in dem Augenblick eine Unvermeidlichkeit der Anlagen in Erscheinung trat, als man das mühselige Werk von Jahrhunderten endlich zum Abschluß gebracht hatte. Dem ungeheuren amerikanischen Weltwettbewerb, der wesentlich wohlfeileres Silber auf den Markt brachte, konnte der Erzbergbau des Erzgebirges nicht mehr standhalten. Die wertvollen Anlagen jedoch konnten unumgänglich der Nutzungsfähigkeit angeschlossen, in dem besagten Sinne wegen des Erdbebens, ständig fielen Tausende auf. In den letzten 15 Jahren ist das unterirdische Elektrizitätswerk nun zu einer lohnbringenden Entwicklung gebracht worden, daß die glänzende Idee der Umstellung sich kaum besser befähigen konnte. Eine oberirdische Schalleranlage empfängt den aus dem Erzgebirge erzeugten 5000 Volt starken Strom und transformiert ihn auf eine Spannung von 10 000 Volt.

...: Abflug eines französischen Bombenflugzeuges. In der Nähe von Bourges hat sich ein Flugzeugunfall ereignet, dem fünf Menschenleben zum Opfer fielen. Ein mit zwei Piloten und drei Bombenverfüren besetztes Flugzeug war auf einem Übungsflug über dem Militärübungsplatz aufgebrochen und hatte bereits mehrere Bomben abgeworfen, als es plötzlich eine Tragfläche abblies und das Flugzeug mit ungeheurer Geschwindigkeit zu Boden stürzte, wo es zerfiel. Die Insassen waren auf der Stelle tot.

...: Haftbefehl gegen den Petroleumkönig Hazen Sinclair. Der Oberste Gerichtshof in Washington hat einen Haftbefehl gegen Hazen Sinclair erlassen, nachdem dieser eine Strafe von 90 Tagen Gefängnis zu verbüßen hat, wegen Mißachtung des Gerichts. Er hat sich geneigert, vor dem Senat auf Fragen in Zusammenhang mit dem Petroleumskandal zu antworten. Man erwartet, daß Sinclair ins Gefängnis gehen wird.

...: Ein Rodenfall in Brüssel. Im Hospital Saint Jean in Brüssel ist ein Rodenfall festgestellt worden. Alle Beobachtungsmannschaften sind getroffen, das ganze Personal ist getötet worden.

...: Mordbrand in Holland. In Rossum bei Galtbommel brach ein riesiger Brand aus, der sich infolge des scharfen Windes mit großer Geschwindigkeit ausbreitete. 21 Häuser sind bereits in Asche gelegt. Zwei Frauen wurden bei dem Brande schwer verwundet. Vermutlich ist auch ein Todesopfer zu beklagen. Ueber die Ursache herrscht noch völlige Ungeklärtheit.

* Die Plattern in London. London, 7. Mai. Nachdem im Laufe der vorigen Woche die Zahl der Platternfälle in London nicht unwesentlich zurückgegangen war, hat sich während der Woche die Zahl der Fälle etwas erhöht. Im ganzen wurden jetzt in den Londoner Kliniken 813 Fälle beobachtet. Da vier der neu erkrankten Personen aus einer der dichtbesetzten Arbeiterviertel eingeleitet wurden, ist zu befürchten, daß sich die Zahl der Erkrankungen noch weiter erhöhen wird.



Wiedereraufnahme des Projektes Dujardin.

Vor dem Entwurf in Antwerpen findet die neue Hauptverhandlung gegen den früheren Hilfsgegendarm Dujardin, die weit über Diproven hinaus großes Aufsehen erregt. Es sind bisher 100 Zeugen und 7 Sachverständige geladen. Am April 1. N. wurde Dujardin aus dem Justizhaus durch Erlaß des preussischen Justizministers beurlaubt, um die Wiedereraufnahme des Verfahrens zu betreiben.



Das erste kleine Luftschiff in Kassel.

Das Kleinluftschiff in Kassel, das die Raab-Ragenleit-Werte in Kassel für Kellereizwecke gebaut hatten, wurde durch eine Boe fast völlig zerstört. Menschenleben hat es dabei nicht gefordert.



100 Jahre Nürnberger Stadtbibliothek.

Diese, wohl älteste öffentliche Bibliothek Deutschlands kann jetzt auf ein 500jähriges Bestehen zurückblicken. Die Bibliothek geht auf das Testament des Nürnberger Ratsherrn Konrad Konhofer zurück, Doktors der Theologie, beider Rechte und der Medizin, der der Stadt im Jahre 1420 alle seine Bücher vermachte.

Bernstorff über das Genfer Fiasko.

Deutschland hat jegliche Verantwortung abgelehnt. Genf, 8. Mai.

Graf Bernstorff, der Führer der deutschen Abordnung der vorbereitenden Abrüstungskommission, übermittelte vor der Abreise der deutschen Presse in Genf nachfolgende Erklärung:

„Wenn Sie eine Erklärung von mir über die Ergebnisse dieser letzten Tagung des Vorbereitungsausschusses für die Abrüstungskonferenz wünschen, so kann ich nur wiederholen, was ich in meiner grundsätzlichen Rede in der vorletzten Sitzung am Samstag gesagt habe, nämlich: daß angelehnt der Faltung, die der Ausschuss in der entscheidenden Frage der Landrückgabe eingenommen hat, mir deutlich abgelehnt sind von dem Programm, das die Mehrheit aufstellte, und mir von nun an diesem Ausschuss ausschließlich die alleinige Verantwortung überlassen müssen.“

Ich lege besonderen Wert darauf, diese Erklärung zu wiederholen angelehnt der Erklärung, mit der Herr Politis die Tagung beendet hat. Ich möchte ausdrücklich feststellen wissen, daß Herr Politis nur im Namen seiner Mehrheit gesprochen haben kann, und daß der überwiegende Optimismus, mit dem er die Arbeiten der Konferenz feierte, von der deutschen Abordnung und — wie ich wohl annehmen kann — von der öffentlichen Meinung der meisten Länder in keiner Weise geteilt wird. So kann ich auch keinerlei Erwartungen mehr in die abschließenden Arbeiten, die der Ausschuss auf seiner nächsten Tagung vornehmen will, knüpfen.

Die einzige Hoffnung besteht die Konferenz selbst, deren abschließende Ergebnisse das Ziel der verantwortlichen Organe des Völkerbundes bleiben muß, und die nur dann zu einem Erlolge führen kann, wenn, wie ich in meiner grundlegenden Erklärung vom Samstag sagte, die Regierungen ihren Vertretern andere Instruktionen erteilen, als es bisher geschehen ist.

Neues Kabinett in Thüringen.

Die neue Thüringer Regierung mit Dr. Kauffen und Dr. Riedel sowie den fünf Staatsräten Biehoff, Madelben, Fort, Kranz und Wonne ist am Dienstag vom Landtag mit drei Stimmen Mehrheit gewählt worden.

Gegen das neue Kabinett stimmten die Sozialdemokraten, die Kommunisten und der Nationalsozialist Warkler. Der Eparkovortreter Teil enthielt sich der Stimme. Zwei Abgeordnete der Linken fehlten. Staatsminister Dr. Kauffen übernimmt das Volksbildungs-, Wirtschafts- und Finanzministerium, Minister Riedel das Ministerium des Innern und der Justiz.

Im Aufschrei durch die Ausstellung: „Häufig Jahre Bundesamt in Mitteldeutschland“ führt aus der Vorzeit in Nr. 18 der „Mitteldeutschen Zeitung“ die „Mitteldeutsche Zeitung“ über mit kurz zusammengefaßten Erläuterungen erhält man hier einen plastischen Eindruck der eigentlichen im Leipziger Ring-Wiesengarten togen Jubiläums-Ausstellung der mitteldeutschen Länder. Interessant ist das Bild der „Mitteldeutschen Zeitung“ — wie sie entfiel —. Wackeren enthält das gleiche Zeit-Erörterungen zur Darbietung anlässlich des 90. Geburtstages von Hans Böhmer zur Übertragung der Gurrelieder aus der Leipziger Überhalle, zum Vortrag von Dr. Hans Schiller, Leipzig, „Die Lieder der totalen Genossenschaft am 19. Mai“, zum Vortrag von Dr. S. Warkler, Weimar, „Der Wagnersche Ton und seine Plastik“, zur Darbietung anlässlich der 124. Wiederkehr des Todesages von Friedrich und vieler Andere mehr. Das reich illustrierte Heft kostet nur 900. 000 und ist durch jeden Buch- und Zeitungsverkäufer, das Erzeugnis, beim „Mitteldeutschen Zeitung“ C. 1, Reichplatz 6, zu beziehen.

Wie Schöner
Mäntel
In allen erdenklichen Formen und Geweben, so preiswert wie noch nie, jedem Geschmack Rechnung tragend, biete ich eine Auswahl, die Sie hochbefriedigen wird.

J. S. Werner
Inh. Max Beeck
Naumburg a. S. Herrenstr. 23

Unter dem Schleier der Nacht

ROMAN VON G. SCHÄTZLER-PERASSINI

35. Fortsetzung. (Achtbündel verboten.)

Soden hatte währenddem seiner Bräutliche ein Fortschritte entnommen, welches er umständlich öffnete und aus dem er nach längerem Suchen ein Blatt zog.

„Hier ist der Zettel, Herr Graf!“ sagte er.

„Dabei mußte er ganz nahe an Bogathn herantreten.“

„Nicht!“ riefte dieser. „Ich kann nichts sehen!“

Die hageren Hände blieben den Zettel fest.

Soden ging um den Beinhüft herum und zog die eine Gardine zur Seite.

„Ebenfort glitzte helles Licht in den dunkleren Raum. Die Felle tat dem Grafen wohl wehe, denn er griff nach den Augen und schloste leise.“

„Ich kann nicht sehen! Die Buchstaben sind von der Hand meines Weibes, ich sehe es! Aber es tragen mir vor den Augen auf und nieder. Lesen Sie mir vor!“

Herr von Soden kam dem Wunsch des Grafen nach. Er glitzerte etwas umständlich das Papier und begann lautlos, aber deutlich zu lesen:

„Wenn mein mir rechtmäßig vor Gott und dem Geleise angekauft Gatte die Zellen erfüllt lese ich nicht mehr.“

„Ich genoss eine viel größere, als die Samen- und Qualen eines verlorenen Lebens haben es mich verzeihen gemacht.“

„Ich habe schuldlos gelitten, vor Gott schwöre ich es, von dem ich hoffe, daß er mir die ewige Seligkeit auch werden läßt.“

Der Welt gegenüber lagte mich mein Gatte tot, ich lebe es, denn ich wollte lieber im Glend sterben als zu 300 Qualen leben, der mich für eine Verurteilte halten, mit mir Schmähdungen überhäufen konnte, vor denen ich heute noch erzittere. Dennoch komme ich, eine Sterbende, mit einer Bitte. Ich habe ein Kind, mein süßes Mädchen, die Todter meines Gatten, sein Blut. Das es mirlich das seine ist, daran zu zweifeln, wäre das größte Verbrechen, das geschehen könnte. Ich ist es getauft, Elia Grannier. Es soll und darf nicht im Glend untergehen, darf

nicht in den Sumpf der Armut, des Alters geraten, denn es ist aus edelm Stämme. Und doch kann es nur einer retten, der Vater. Er nehme es bei sich auf, ich sehe ihn mit dieser letzten Bitte darum an. Mit dem tröstenden Gedanken, daß mein Kind wenigstens glücklich wird, schliefte ich die Augen zum ewigen Schlaf.“

Hier brach Soden ab.

Eine Unterschrift lehte. Es hatte den Anschein, als schaute sich die herbende Gräfin, noch im letzten Augenblick ihren Namen zu verraten, ebensfalls fand sich an seiner Stelle derjenige des Grafen Bogathn. Möglich auch, daß sie gegen Soden, welcher in ihren Tagen bei ihr weilte, ein gewisses Mißtrauen hegte. Der Mann, welcher in dem Leben Elia Granniers noch so eine wichtige Rolle spielen sollte, lagte sich dies selbst. Ein kleiner Name, ausgeschrieben und auf diesem Papier stehend, hätte ihn damals schon zum Ziele gelangen lassen, nach dem er jetzt jahrelang mühsam gestrebt hatte. Aber den Preis wollte er sich schließlich doch nicht entgehen lassen.

Graf Bogathn, der alte Sonderling, war mit weitgehenden Widen und leuchtendem Altem den Worten Sodens gefolgt.

„Nad — weiter — weiter!“ rief er hervor, heiser und rauh als Soden schwieg.

„Das ist alles, Herr Graf!“ lautete die Antwort.

„Aber das Kind, mein Kind! Wo ist es geblieben? Und gestorben, im Glend verdingert wie die Mutter?“

„Es lebt, Herr Graf. Ich habe es an mich genommen und all die Jahre her vergeblich nach dem Vater gesucht!“

Bogathn warf sich in dem Stuhl empör.

„Sie haben es? — Wo ist es? Weshalb führen Sie mir dieses Mädchen nicht?“ floh es über seine Lippen.

Soden bewachte eine vollkommene Ruhe.

„Am Vergebung, Herr Graf“, sagte er, „ich konnte nicht wissen, daß meine vielen erfolglosen Nachforschungen gerade jetzt zum Ziele führen. Auch durfte ich Elia Grannier nicht dem ungelobten Leben überantworten, das ich selbst führte. Sie lebt in völlig isolierter Stellung, zu einer Schönheit herangewachsen, in einer norddeutschen Stadt!“

„Und Sie weiß, daß sie die Tochter eines Grafen ist?“

„Nein, das verdamme ich ihr mit Absicht. Wenn ich den Vater nicht fand, wäre aus Elia ein unzufriedenes Geschöpf geworden.“

Der Graf schien dies zu begreifen. Er lag wieder eine Zeitlang in dem großen Stuhl. In dem Hintern, welches keinen Körper lagte, und dem Jucken seiner Mundwinkel konnte Soden aber leicht erkennen, daß eine gewaltige Erregung den Grafen erfüllte.

„Ein Kind — eine Tochter!“ riefte der alte Sonderling endlich. „Wie sieht sie aus? Beschreiben Sie mir ihr Gesicht, ihr Geheiß!“

Soden hatte schon längst das große Gemälde an der Wand, dem Stuhle des Grafen gegenüber, entdeckt. Es war zur Hälfte mit einem Tuche überzogen, als vermöge der Graf nur in besonderen Stunden den Anblick dieses Gemäldes zu ertragen. Er packte mit der Rechten das Tuch und rief es zur Seite.

Soden riskierte einen Gewaltcomp. Mit voller Kraft fiel das Tageslicht darauf.

„Sie haben Sie Elia Bild, Graf Bogathn!“ rief er.

„Diese Dinge voll Reinheit und Unschuld werden Sie bis an das Ende Ihrer Tage daran erinnern, wald bitteres Unrecht. Sie einst Ihre Gemahlin zugefügt!“

Der Graf bedeckte mit beiden Händen das Gesicht.

„Ich — will es gutmachen — an Elia — an unzerem Kind!“

„Ihrre ich dumpf auf, — bringen Sie das Mädchen ins Schloß. Es soll die Gehin meiner Beschäftigter werden, soll Serrin auf Bogathn sein. Wo ist Elia?“

„Ich lagte Ihnen bereits, daß das Mädchen in einer norddeutschen Stadt untergebracht ist und noch nichts von ihrem wahren Stande ahnt. Es gilt also, wie gefolgt vorzubereiten, damit nicht alles verdorben wird. Sie hat den leidenschaftlichen Wunsch, mich hierher zu folgen, wenn Sie erlaube, auf welche Weise und weshalb ihre Mutter so elend zugrunde ging.“

„So verschweigen Sie ihr dies!“

(Fortsetzung folgt.)

Wie einst im Mai.

Der goldene Schimmer und Sonne und Blütenpracht verfliehet den Gedanken an den Monat Mai, Wonnemonat! Wie tief er beunruhigen worden! Der Monat, der die Natur im schönsten Kleide erstrahlen läßt? Keiner unlerer großen Dichter hat sich gegen das gefährliche Verlangen des Mai wehren können, der aber muß ihm ein Loblied spenden. Doch die Zahl der Lieber, die wir schon als Kinder sangen. Vom „Der Mai ist gekommen“ an bis zu dem Lied: „Komm lieber Mai und mache“.

Wann ist er da, und er soll die Bäume grün machen, und er soll uns beneiden, das es so wunderbar auf Erden ist. Wird er es? Wenn es wird, wie einst im Mai, ja, dann werden wir zufrieden und glücklich sein. Wir brauchen in dieser düsternen Zeit ein bißel Glück. Aber noch viel muß sich ändern. Am besten ist, man beachtet die Wettermacher gar nicht, denn was sie dem Mai voraussagen ist so schön, daß es — angefüllt der Erfahrungen, die wir hinter uns haben — nicht wahr sein kann. Man denke: Schönes Wetter? Wie schaut schönes Wetter aus? Einer fragte den andern. Ja, komm lieber Mai und mache schönes Wetter. Der Mensch braucht ja den blauen Himmel, der ihn nicht, ihm neue Kraft gibt, ihm Hoffnungen bringt. Und so viel hängt von diesem Wetter ab. Nicht nur der Segen des Landmanns, nicht nur die Zukunft der Sommerfrühe, nicht nur das Frühjahrsgeflüster, sondern im Menschen selbst muß Freude und Zufriedenheit, muß gewissermaßen Sonne aufgedeckt werden, wenn er leben und tatkräftig sein soll, wenn er Stand halten soll bei Beschwerden des Alltags, der an sich immer drückenden Last des Lebens. Haben wir nicht den besten Beweis, wie einschneidend das Wetter auf die Menschen wirkt in der Tatsache, daß Herzen zu Herzen fliegen und im Mai die meisten Dummheiten gemadigt werden? Vorausgesetzt, daß das Sichfinden, Sichfühlen eine Dummheit ist, wenn sie in der Tat. Wir trinken ja gerne die Waibaue, wir liegen ja gerne in der Sonne, wir träumen ja gerne von unserem nächsten Urlaub. Aber der Mai muß helfen, sonst verzagen wir und werden unglücklich und werden bedrückt und werden Melancholiker. Uns können keine Lieber helfen, die Tatsache allein, daß es auch diesmal wird, wie immer im Mai allein kann uns verstehen lassen, wenn Kinder frühlich die Maifelder singen und nach Watfätern suchen. Machte lieber Mai also die Bäume wieder grün.

Welt in Blüte.

Wann ist alles Selbstgeit ringsum. Mutter Erde hat das Brautkleid fertiggestellt und prangt und lächelt im Tadel werdenden Lebens. Am Kirchgarten habe ich gefunden. Unter blauem Himmel stand er unbedeckt. Ich habe den Bienen zugehört, die Blüten angefangen in ihrer Reinheit, die kleinen Staubblättern leise berührt und bin fortgegangen.

Aber das Bild des Kirchgartens blieb in mir. Er jubelt zwar nicht auf mit lauter Stimme, er steht still und stumm vom Leben rings umhüllt, legt im Schöße der Erde, und redete sich stolz empor gegen den leuchtenden Himmel.

Das Bild ist mir eine Lehre gewesen. Wir wollen mit beiden Füßen auf der Erde stehen, auf die wir gelegt sind. Unten Welt aber können wir frei hinaustragen in jene blauen Höhen über uns. Andere Freude ist stumm und unter Herz liebt unter der Junge, aber ihm selb gestattet, frei sich zu erheben wie der Verge Lied.

Durch die blütenreiche Zweige ging der Abendwind. Wir war, als ginge Gott durch die Stille.

Die Sorge um die alleinlebende Frau.

Es entfaltet das eigene Heim.

Bereits vor dem Kriege war die „möblierte“ Dame, die alleinlebende berufstätige Frau, nicht sonderlich zu beneiden. Durch die große Wohnungsnot unserer Zeitperiode aber ist sie in eine noch unergieblichere Lage geraten. Der Jungeselle, der auf fremde Leute angewiesen ist, mag zu bedauern sein, die Sorgegeißel aber, die festlich nicht tobt wie der Mann empfindet und doppelt schwer unter der Unpersönlichkeit solcher möblierten „Heime“ leiden muß, trägt an einer derartigen Miere, wie man an einem Schicksal trägt.

Zweifellos ist auch das Zimmervermietete ein Problem, das man von zwei Seiten betrachten muß. Auch die Wirten haben ihr Häuflein Sorge, ihr Häuflein Ärger, Enttäuschung und Verdruß. Nicht mit allen „möblierten“ Damen ist gut Kirschen essen. Hier hapert es mit der Verantwortlichkeit, dort mit der Ordnung oder mit dem persönlichen Verhalten und was dergleichen Unstimmigkeiten mehr sind. Aber auch da gilt das gute alte deutsche Sprichwort, daß das „Leben den gleichen Kamm scheren“ eine verfehlte Methode ist, daß man die Unschuldige nicht mit der Schuldigen leiden lassen darf. Ohne Übertreibung kann gesagt werden, daß in manchen Großstädten heute die Abrechnung gegen die „möblierte“ Dame nachgerade krankhafte Formen angenommen hat. Man nimmt zehmal lieber „möblierte“ Herren.

Nur all diesen Gründen ist es nur zu verständlich, wenn die Alterserbende Frau nach Möglichkeit danach trachtet, irgendwo ein eigenes Heim ausfindig zu machen, und „wäre es noch so klein“. Bemühungen freilich, die unter den derzeitigen Wohnungsverhältnissen nur selten zum Erfolg führen. Die Mieten für Neubauwohnungen und der Baukostenzuwachs sind noch immer so enorm, daß nur die allerwenigsten Damen die Auswendungen leisten können. Seit langem sind deshalb die deutschen Hausfrauenvereine bemüht, dieser Not der alleinlebenden Dame nach Möglichkeit zu wehren. Manches ist schon geschehen, aber vieles muß noch getan werden. In Lübeck, in Magdeburg, Frankfurt

a. M., Wambrunn, Königsberg, Nürnberg, Hildesheim, Stuttgart usw. sind vortrefflich ausgestaute Altersheime und Eifile entstanden. In Berlin sind die Arbeiten für den Bau eines großen Frauenheimes im Gange, das mehr als 100 Damen aufnehmen wird, ebenso soll demnächst in Schlesien, in Schelling, ein zweites Heim geschaffen werden.

In den größeren Heimen wird mehr und mehr die Artgemeinschaft zur Einführung kommen, da sie, wie die Erfahrungen gelehrt haben, doch wesentliche Vorteile gegenüber dem Selbstleben aufweist. Die deutschen Hausfrauenvereine werden auch weiterhin das Ihre tun, um diesen sozialen Notwendigkeiten nach besten Kräften abzuwehren. Gerade in den nächsten zehn Jahren wird es außerordentlich wichtig zu tun geben, denn die Frage der Frauenheime wird von Jahr zu Jahr drückender. Man wird sich mehr oder weniger die Erfahrungen Amerikas zunutze machen müssen, das auf diesem Gebiete schon viel Vorbildliches hat schaffen können.



Paris ehrt das Andenken Eifiles, des Erbauers des Eifileturmes. Das vor wenigen Tagen in Paris enthielt denmal ihr Eifile am Fuße des Eifileturmes.

Pfingstgrußpostkarten

empfehl in grosser Auswahl

WALTER SCHARF

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 34 der Wahlordnung für die Wahlen der Gemeindevertretungen vom 13. 2. 1924 — IV a I 114 — in der Fassung des Nummerals vom 10. 10. 1924 (M. Bl. i. B. S. 991) und 8. 10. 1928 (M. Bl. i. B. S. 1015) wird auf folgendes hingewiesen:

Für die am Sonntag, den 26. Mai d. Js. stattfindende Renewahl der Stadtverordnetenversammlung ist die Stadt Nebra in zwei Wahlmündungsbezirke eingeteilt:

Der Wahlmündungsbezirk I umfasst folgende Straßen: Großwangenstraße, Bahnhofsstraße, Am Unterkrummen, Am Schloßberg, Weidplanweg, Hofstraße, Altenburgstraße, Unter der Altenburg, Bräuhausstraße, Meientalstraße, Wilhelmstraße, Meinsdorfer Weg, Neudörfler, Grabenmühlweg, Grabenschleife, Brauereigasse, Leberberg, Am Kirchgarten, Feldstraße, Kugel, Weitestraße Nr. 1—15. Zum Wahlmündungsbezirk II gehören:

Weitestraße Nr. 16—65, Meinsdorferstraße, Am Klippenteich, Kirchweg, Birzengasse, Am Entenplan, Markt, Große Schloßgasse, Kleine Schloßgasse, Laternengasse, Lämmergasse, Fährteggasse, Kollerhof, Promenade, Wälderplatz, Born Oberort, Am Dörrteich, Wasserweg, Altgrund Nebra, Drais, Schiefer.

Wahlvorsteher sind: Für den Wahlmündungsbezirk I: Rentmeister Carl Mah, Für den Wahlmündungsbezirk II: Sagerhüter Albert Kanfel.

Deren Stellvertreter:

Für den Wahlmündungsbezirk I: Stellmadrermeister Albert Franke, Für den Wahlmündungsbezirk II: Rentier Oswald Föhrgen.

Wahlraum für den Wahlmündungsbezirk I ist das untere rechte Klassenzimmer; für den Wahlmündungsbezirk II das untere linke Klassenzimmer des alten Volkshausgebäudes.

Wahlzeit für die Stadtverordnetenwahl dauert von 8 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags.

Für die Wahl werden amtliche Einzelstimmentzettel und besondere Wahlmündungsscheine ausgegeben. Die Stimmentzettel enthalten alle vom Wahlausgang zugelassenen Wahlvorschlüge unter Angabe des Kennwortes des Wahlvorschlages und Hinzufügung der ersten vier Bewerber. Die Wahlmündungsscheine tragen außer dem Stempel des Magistrats den Ausdruck „Stadtverordnetenwahl“.

Der Wähler, der seine Stimme abgeben will, nimmt einen abgemessenen Umschlag und einen Einzelstimmentzettel aus der Hand einer Person, die der Wahlvorstand in der Nähe des Zuges zum Wahlraum über an den Wahlort aufgestellt hat. Er begibt sich sodann in den Wahlraum oder an den Wahlort, um den Stimmentzettel in den Umschlag zu stecken. Dort hat er auch ein Kreuz, Unterzeichnetes oder sonst erkennbarer Weise den Wahlvorschlüge festzu machen, dem er seine Stimme geben will. Er tritt sodann an den Vorstandstisch, nennt seinen Namen und auf Erfordern seine Wohnung und übergibt, sobald sein Name in der Bürgerliste aufgefunden ist, den Umschlag mit dem Stimmentzettel dem Wahlvorsteher, der ihn sofort merdöffnet in die Wahlurne legt.

Wähler, die durch körperliche Gebrechen verhindert sind, ihren Stimmentzettel eigenhändig in den Umschlag zu legen, und diesen dem Wahlvorsteher zu geben, dürfen sich der Beihilfe einer Vertrauensperson bedienen.

Unzulässig sind Stimmentzettel:

1. Die nicht in einem amtlich gestempelten Umschlag oder die in einem mit unzulässigen Kennzeichen versehenen Umschlag übergeben worden sind.

2. Die mit einem unzulässigen Kennzeichen versehen sind.
3. Die keinen zugelassenen Wahlvorschlüge zweifelsfrei bezeichnen.
4. Die mehr als einen Wahlvorschlüge bezeichnen.
5. Die eine Verwahrung oder einen Vorbehalt gegenüber allen Bewerbern enthalten, denen ein Druck- oder Schriftstück beigefügt ist.

Wähler in einem Umschlag enthaltene gleichlautende Stimmentzettel gelten als eine Stimme. Zutritt zum Wahlraum hat jeder Wähler. Antrachen darf niemand halten. Nur der Wahlvorstand darf über das Wahlgeheimnis beraten und beschließen. Er kann jeden aus dem Wahlraum verwiesen, der die Ruhe und Ordnung der Wahlhandlung stört. Ein Wähler, der hiervon betroffen wird darf vorher seine Stimme abgeben.

Zur Stimmenabgabe zugelassen sind nur Personen, die in der Bürgerliste eingetragen oder im Verzeichnis eines Wahlbezirk sind. Nebra a. L., den 8. Mai 1929.

Der Magistrat. Stattdamm.

Bekanntmachung.

Gemäß § 46 der Wahlordnung für die Gemeindevorstände in der Fassung der Nummerals vom 10. 10. 1924 (M. Bl. i. B. S. 991) und 8. 10. 1928 (M. Bl. i. B. S. 1015) wird der Termin für die öffentliche Sitzung zur Beschlußfassung über die Zulassung der für die am 26. Mai d. Js. stattfindende Wahl der Stadtverordnetenversammlung eingegangenen Wahlvorschlüge

auf Freitag, den 10. Mai d. Js., 18 Uhr

in meinem Amtszimmer anberaunt.

Nebra, den 3. Mai 1929

Der Vorsitzende des Wahlauschusses.

Stattdamm, Bürgermeister.

Jubel, Crubel u. Maienzauber bei der Pfingstgesellschaft am 2. und 3. Feiertag im RATSCELLER

Die gute Küche

Die billigen Preise

Es laden freundlichst ein

Kaufdirektor Köndige.

Die Pongigellgesellschaft.

F. Poppe

Rechtsbestand Wiehe

Ragefallen bei den Wirtgerichten Nebra und Wiehe. Zu treten am Mittwoch, den 15. Mai 1929 von 11—12 Uhr, im „Weißen Hof“ zu Nebra.

Gummibälle

Sandspiele

Buchhandlg. Walter Scharf.

Witzenburg
Am Himmelfahrtstag, von abds. 8 Uhr an
Tanzvergnügen
Es ladet freundlichst ein
Wirtshaus.

Damit jeder sie sehe und jeder sie lobe
Schicken umsonst wir Hefte zur Probe!
Der Deutsche Rundfunk
Die größte Funkzeitschrift — bringt wöchentlich alle ausführlichen Programme der in- und ausländischen Sender
Hefte 50 Pf., Monatsbezug RM 2.- / Man bestellt beim Postamt od. einer Buchhandlung / Probeheft umsonst vom Verlag Berlin N 24

Ihr neues Kleid
GESCHAFTS BÜCHER
ein Modells aus
Beyers
Mode-Führer
(Bd. I: Damen, Preis 1.90, Bd. II: Kinder, Preis 1.20) Jeder Band mit Schminbogen
Alles zum Selbstabheben! Überall zu haben
BEYER-VERLAG / LEIPZIG T
J. SCHÖNIGG-REHARDT
GESCHAFTS BÜCHERFABRIK
HANNOVER
sowie Fabrikate jeder anderen
Geschäftsbücherfabrik liefert die
Buchh. Wilh. Sauer, Roldleben.

Nebrer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 M.

Schriftleitung: Wih. Sauer in Nebleben.

Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Nebleben.

Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.

Fernprediger: Amt Nebleben Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Hellmetall 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtpostasse Nebra — Bankverein Artern.

Nr. 55

Donnerstag, den 9. Mai 1929

42. Jahrgang

Dividendenpolitik.

Anlässlich der letzten Jahresbilanz der A. E. G. kam es zu einem ungewöhnlichen, aber für gewisse Verhältnisse außerordentlich besorgniserregenden Zwischenfall, der, bisher von der Presse wenig beachtet, unbedingt allgemeineres Interesse verdient. Dant guter Geschäftsanteile konnte die Verwaltung der A. E. G. in ihrem Geschäftsabschluss für das letzte Jahr einen gegenüber dem Vorjahr um vier Millionen höheren Reingewinn verzeichnen. Trotz dieser erhöhten Einnahmen sollte aber eine gleiche Höhe Dividende bei der letzten Abrechnung zur Auszahlung gelangen, nämlich 8 Prozent. Sobald diese Pläne der Geschäftsleitung der A. E. G. bekannt wurden, ließ dort ein Schreiben des „Vereins für die Interessen der Fondsbörse in Hamburg“ ein, das im Ton außerordentlich scharf war und sich bitter darüber beklagte, daß die Gesellschaft trotz ihrer impotanten Umsatzzahlen und des um vier Millionen höheren Reingewinnes ihre Dividende nicht erhöhe, während gleichzeitig der Pensionfond für die Angestellten der A. E. G. mit einer Summe von zwei Millionen dotiert wurde.

„Diese Absicht“, so heißt in dem Brief, „hat in den Kreisen der Aktionäre erhebliche Mißbilligung hervorgerufen, hauptsächlich deshalb, weil wir eine unübersehbare Divergenz darin erkennen, daß Sie glauben, über die von allen Kreisen der Große- und Kleinrentisten sowie des Handels auf das Empfindlichste gefühlte Last der sozialen Aufgaben aus freien Stücken durch Dotierung des Pensionfonds mit zwei Millionen noch hinausgehen zu lassen. Da dieses auf Kosten der Aktionäre geschieht, die ihrerseits an dem unglücklichen Resultat nicht teilnehmen dürfen... so ist die Benachteiligung der Aktionäre um so schmerzlicher und so unheimlicher.“

Nach dem allgemeinen Urteil der Fachkreise hat man es hier mit einem Fall von großer Bedeutung zu tun. Wenn es auch, rein formal gesehen, sehr sein mag, daß noch niemals in dieser Form seitens einer aufstrebenden Stelle soziale Aufwendungen so scharf kritisiert worden sind, so enthält der ganze Vorgang doch nur einen Gegenatz, der latent und ohne es her zwischen Aktionärsinteressen und den Forderungen der Angestellten und Arbeiter bestanden hat. Das Interesse der Aktionäre und der Arbeitnehmer an einer ausreichenden Rentabilität der Unternehmungen liegt auf verschiedenem Niveau. Während der Aktienbesitzer in seiner Eigenschaft als Kapitalist in erster Linie eine möglichst hohe Verzinsung der von ihm zum Aktienkauf aufgewandten Gelder und darüber hinaus natürlich auch die notwendigen Garantien für die Sicherheit der vorgenommenen Anlage verlangt, sieht der Arbeitnehmer in einem hohen Verdienst der ihn interessierenden Gesellschaft vor allen Dingen eine Gewähr für das Weiterbestehen ausreichender Arbeitsmöglichkeiten und darüber hinaus die Aussicht auf eine bessere Sicherung seiner sozialen Lage. Dabei schneiden sich irgendwie die beiden entgegengegesetzten Auffassungen doch wiederum in einem gemeinsamen Interessenspunkt. Hält mangelnde oder zu geringe Verzinsung die notwendige Verzinsung des Unternehmens mit Kapital fern, so leidet der Arbeitnehmer, schließt sich der Arbeitnehmer in seinen Ansprüchen auf auszuübende und ertragreiche Arbeit gefährdet oder auch nur ungesünder, so schwindet die Arbeitsfreudigkeit und mit ihr vermindert sich selbstverständlich das Arbeitsergebnis, so daß also auf diese Weise wiederum die Interessen der Aktionäre auf das Schwere beeinträchtigt werden.

Die Dividendenpolitik, die im Anschluß an die ungesünderen Nachkriegszeit und die unerhörten Leiden des Nahrungskrisis — man denke nur an die plötzliche Dividendenförmelung, die aus Gründen der inneren Kapitalverförmelung im Jahre 1926 eintrat — starren Schranken ausgesetzt war, muß also von den Bedingungen der großen Unternehmungen immer wieder sehr verschiedenartigen und teilweise miteinander in scharfem Widerspruch stehenden Gesichtspunkten festgelegt werden. Zahl der Aktiengemeinschaft etwa eine Dividende, die zwar, an dem tanzenblichen Kapitalzins gemessen, an sich als ausreichend betrachtet werden kann, die aber dem Nettogewinn des Unternehmens nicht entspricht, dann muß es zu offenen Widersprüchen zwischen Aktionären und Arbeitnehmern kommen, wenn die erlernten die Rückblick auf die sozialen Verhältnisse der Arbeitnehmer bezieht und mit weitergehenden Dividendenansprüchen an den Tag treten. Dabei müßte doch eigentlich — besonders, wo es sich um große, gutfundierte Betriebe, wie etwa die A. E. G. handelt, — der Gesichtspunkt des „landesüblichen Kapitalzins“ für den Aktionär der maßgebende sein können, wenn anders er statt einer sicheren und ausreichenden Kapitalanlage nicht glatte Spekulation im Auge hat.



Paris und die deutschen Vorbedingungen.

Der Optimismus der Schweizerländer ist in den letzten Stunden wieder erheblich abgekämpft worden. Die Krise liegt zum ersten in den deutschen Vorbedingungen, die hinsichtlich auf französischen Widerstand stehen, ferner aber in einem Protekt Englands, das den von Young ausgearbeiteten neuen Verteilungsplan nicht anerkennen will. Die Übergabe der schriftlichen Aufzeichnungen der deutschen Vorbedingungen hatte sich verzögert. Aus welchen Gründen läßt sich nicht feststellen.

- Der „Agence Economique et Financiere“ zufolge sollen sich die deutschen Vorbehalte für die Annahme des neuen Young-Plans auf folgende Punkte beziehen:
1. Aufhebung der Pfänder und der Kontrollkommissionen.
 2. Abschaffung des Recovery-Fonds, monach die Allierten von der deutschen Einkehr eine 20prozentige Einkehrabgabe erheben können.
 3. Die Möglichkeit für das Reich, die Revision des Zahlungsplanes zu verlangen.
 4. Anrechnung der Schuldenermächtigung, die die Vereinigten Staaten unter Umständen den Alliierten zu Gunsten des Reiches ausüben sollten.
 5. Die Möglichkeit, bei dem größten Teil der Jahreszahlungen den Transferschuh in Anwendung zu bringen.

Wie man hierzu erzählt, dürfte in den fünf von der Agence genannten deutschen Vorbehalten das Wesentlichste der deutschen Forderungen enthalten sein. Zu dem von Young ausgearbeiteten neuen Verteilungsplan erklärt man in englischen Kreisen, daß dieser zu weit von den in Spa getroffenen Abmachungen abweiche und vor allen Dingen die Deutschland zu machenden Konsequenzen allein auf die Schultern Englands lege. Unter diesen Umständen sei der neue Young-Plan für England unannehmbar.

Bemerkenswert ist, daß Sauerwein im „Matin“ Moskau für den Fall in Aussicht nimmt, daß er dem Young-Plan zustimmen werde. Sauerwein erklärt, daß sich der Wert der Zahlungen, die auf einer Überlastung begründet seien, innerhalb 37 Jahren um die Hälfte vermindere, während Zahlungen, die durch das Gesetz der kaufmännischen Antidumping begründet würden, höher eingeschätzt seien.

500-Millionen-Anleihe des Reiches. Steuerfreiheit für die Zeichner.

Nach einer amtlichen Mitteilung des Reichsfinanzministeriums hat sich diese Behörde zu eingreifenden Maßnahmen entschlossen, um die seit Wochen im Mittelpunkt der Erörterungen stehende Kassenlage des Reiches grundlegend zu bessern. Der Besorgnis, daß die notwendigen Maßnahmen nicht rechtzeitig durchzuführen seien, ist die Finanzierung der Reichsbedürfnisse, zumal an den Alliierten, immer größer worden und trotz eines ausgeüglichen Erlas auf die Dauer gefährlich werden könnten. Das bisher benutzte Mittel kurzfristiger Darlehen bei den Banken ist mit Rücksicht auf die Geldlage zukünftig nicht mehr durchführbar, umso weniger wie Auslandskredite in Frage kamen.

Ein vom Reichsamtbankrat verabschiedeter Gesetzentwurf sieht infolgedessen zwei Maßnahmen vor:

1. Es soll eine Inlandsanleihe von mehrjähriger Laufzeit in Höhe von 500 Millionen Mark aufgelegt werden, deren Stücke von der Vermögenssteuer, der Erbschaftsteuer und der Einkommensteuer befreit sind; auch ein Steuerabzug vom Kapitalertrag findet danach nicht statt. Die Verzeichnung von der Erbschaftsteuer wird auf die vom Ersteller selbst gehaltenen Anteile beschränkt sein. Es unterliegt keinem Zweifel, daß eine so ausgestaltete Anleihe nicht ohne Bedenken vom Standpunkt der steuerlichen Gerechtigkeit ist. Auf der anderen Seite aber bietet sie einen solchen Anreiz, daß auf diesem Wege Beträge schnell und in der erforderlichen Höhe herbeigeholt werden können. Es wird dabei auch erwartet, daß die Möglichkeit steuerfreier Anlage ein wirksames Gegenmittel gegen die bedauerlicherweise in letzter Zeit immer mehr zunehmende Kapitalflucht bilden kann.
2. Der Reichsminister der Finanzen wird ermächtigt, die im Reichsbudget befindlichen 7-prozentigen Reichsanleihen vorzugslos an öffentliche Sparkassen, Girozentralen, Landes- und Kommunalbanken und an Träger der Sozialversicherung zu verkaufen. Das Stimmrecht des Reiches wird dadurch sichergestellt, daß nur Zertifikate an Stelle der Vorzugsaktien gegeben werden. Mit dem Erwerb solcher Vorzugsaktien sollen die bezeichneten Stellen ihrer Verpflichtung zur Anlage eines Teiles ihres Vermögens in Reichsanleihen genügen können. Da diese Stellen die Vorzugsaktien nur nach Maßgabe ihres Vermögens zu erwerben können, wird diese zweite Maßnahme zwar nur einen allmählichen, aber dafür längeren Zutritt an Mitteln für die Reichskasse zur Folge haben.

Man hofft auf diese Weise eine sofortige Entspannung der Kassenlage zu erreichen und eine Wiederholung der unerwünschten Vorgänge der letzten Monate zu verhindern. Wie es in dem amtlichen Communiqué heißt, wird der erkrankten Beteiligung der Kassenüberprüfer in je nach dem Ablauf der Reparationsverhandlungen ein Programm für die dauernde Gestaltung der deutschen Finanzen in Einnahmen und Ausgaben folgen müssen.

Mordanschlag auf Woldemaras.

Am Montagabend gegen 8.30 Uhr, kurz vor Beginn der Vorstellung in der Staatsoper, wurde ein politischer Anschlag verübt, der augenscheinlich auf den Ministerpräsidenten Woldemaras gemünzt war, der ziemlich regelmäßig die Vorstellungen der Staatsoper zu besuchen pflegt. Die Attentäter, drei an der Zahl, feuerten auf den persönlichen Adjutanten des Ministerpräsidenten, Oberleutnant Gudinas, und den Adjutanten des Kriegsministers, Hauptmann Veridas, acht Schüsse ab.

Der Ministerpräsident und seine ihm begleitende Frau blieben unversehrt. Adjutant Gudinas wurde durch eine Kugel getroffen und auf der Stelle getötet. Hauptmann Veridas erhielt einen Schuß, der die rechte Lunge durchbohrte. Der kleine Keffe erhielt einen schweren Bauchschuß.

Adjutant Gudinas, der durch Schüsse in den Kopf getötet wurde, hatte sich mit ausgedehnten Wunden vor den Ministerpräsidenten gestellt, als die ersten Schüsse fielen. Die Kleider der Frau des Ministerpräsidenten wurden von zwei Kugeln durchbohrt. Der Adjutant des Kriegsministers, Hauptmann Veridas, ist so schwer verletzt worden, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Er hat das Bewußtsein bis jetzt noch nicht wiedererlangt. Als er von den Schüssen getroffen zusammenbrach, rief er aus: „Die haben mich getötet.“ Der kleine Keffe des Ministerpräsidenten, der drei Bauchschüsse und einen Beinshuß erhielt, wurde in der Nacht einer Operation unterzogen, die erfolgreich verliefen ist. Man hofft ihn am Leben zu erhalten. Die Täter sind in der allgemeinen Panik, die in dem stark belebten Part vor dem Staatstheater ausbrach, entkommen. Die Polizei war erst verhältnismäßig spät zur Stelle.

Wider 16 Personen verurteilt. Woldemaras hat, wie verlautet, die Vermutung ausgesprochen, daß bei dem Attentat Planer wie auch Blüher Terronien die Hand im Spiele hätten. Da mit der Möglichkeit gerechnet wird, daß die Attentäter über die deutsche Grenze zu entkommen suchen, ist nach in der Nacht die deutsche Grenzpolizei verständigt worden, die alle Vorkehrungen zur scharfen Überwachung der Grenze getroffen hat.

Bei dem Attentat ist auch die Tochter des Universitätsprofessors Jodanis durch einen Weinschuh leicht verletzt worden. Zwei aufgeschundene Handgranaten sind zwar geworfen worden, sind aber nicht explodiert.

Die staatliche Polizei hat bisher 16 Personen festgenommen, jedoch weigert sich die Polizeibehörde, irgendwelche Angaben über den Verlauf des Attentats und den Erfolg der bisherigen Ermittlungen zu machen.